

## **Insieme 6**

### **Regionalismus, Separatismus und Zentralismus**

Im Rahmen von Insieme 6 unter der Moderation von *Otmar Lahodynsky* erläuterte *Franz Schausberger* einleitend die Notwendigkeit der Förderung von Regionalpolitik. Um die globale Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten, müssten dieser einerseits weitere Kompetenzen übertragen, andererseits Regionen und Kommunen stärker gefördert werden, gleichwohl infolgedessen die Nationalstaaten langfristig an Bedeutung verlieren würden. Die Umsetzung der Regionalpolitik sei in föderalistischen Staaten einfacher zu gewährleisten als in Zentralstaaten, folglich solle eine gut ausgebildete Selbstverwaltung auf regionaler Ebene als zusätzliches Aufnahmekriterium einer EU-Mitgliedschaft festgesetzt werden. Die vermehrt auftretenden Unabhängigkeitsbewegungen seien nicht mit früheren separatistischen Kräften vergleichbar, erörterte *Schausberger* zum Thema Separatismus. Diese würden heute eine großteils demokratisch legitimierte Separation anstreben.

Eine willkürliche Auslegung von Separatismus misst *Carola Schneider* Russland als Negativbeispiel bei und zeigt eine Doppelmoral auf: Separatismus innerhalb der russischen Föderation entspreche dem strafbaren Tatbestand des Extremismus, die Krim-Annexion der historischen Gerechtigkeit. Die Ukraine-Krise sei hingegen überwiegend ein herber Rückschlag für die Annäherung innerhalb des gesamteuropäischen Raumes. Gegenwärtig sei es wichtig, als EU geschlossen aufzutreten und deren Werten zu behaupten. Allerdings sei auch auf unser Handeln sowie die Kohärenz unseres Systems laufend ein reflektierendes Augenmerk zu legen.

*Lisa Samoilova* zeigte die Diskrepanz zwischen der Durchsetzung der europäischen Werte im Außenverhältnis und im Innenverhältnis auf. Zum einen würde die EU im Außenverhältnis vereint auftreten, gewillt ihre Werte zu verteidigen, und sei auch mit wirksamen Instrumenten, um diesen Geltung zu verschaffen, ausgestattet. Zum anderen gestalte sich die Sachlage nach Erfüllung der anspruchsvollen Anforderungen durch die Beitrittskandidaten und folgender Aufnahme in die Union wesentlich schwieriger. Verstöße gegen europäische Werte würden nicht wirkungsvoll geahndet werden können. Dies resultiere aus dem Mangel an zulänglichen Instrumenten. Demzufolge sei die Implementierung eines objektiven Monitoringsystems wünschenswert.

*Stefan Karner* äußerte zusammenfassend die Dringlichkeit, Russland auf Augenhöhe zu begegnen. Russland sei ein Teil Europas. Jahrelange Demütigung Russlands, Verletzung des russischen Stolzes und die enttäuschende Ausschließung durch den Westen hätten Russlands antiwestliche Politik bewirkt. Nun müsse der Dialog von der EU angestrengt werden und zwar ohne Sanktionen, oder man müsse sich abfinden, dass auch die Ostukraine in Zukunft zu Russland gehören würde.

Sandra Saywald-Wedl